Table des matières 2

Inhaltsverzeichnis

4. Abschnitt Einleitungsteil		
Allgemeine Bestimmungen	3	
Definition	3	
Begriffsbestimmung mit Klammertechnik (Klammerdefinition)	4	
Entsprechung von Ausdrücken	5	
Index	7	

1 4. Abschnitt Einleitungsteil

1.1 Allgemeine Bestimmungen

- 30 Im Einleitungsteil (häufig unter dem Gliederungstitel «Allgemeine Bestimmungen») stehen u. a. Bestimmungen über:
 - Zweck und Gegenstand des Erlasses;
 - den persönlichen, sachlichen oder örtlichen Geltungsbereich des Erlasses;
 - das Verhältnis zu anderen Erlassen des Landesrechts (z.B. <u>AS 2006_2319</u>, Art. 4) oder zum internationalen Recht (z.B. <u>AS 2007 5437</u>, Art. 2 Abs. 2 und 3);
 - Begriffe, die im ganzen Erlass verwendet werden (Legaldefinitionen).

1.2 Definition

31 Ein Erlass ist grundsätzlich nach dem allgemeinen Sprachgebrauch zu redigieren. Deshalb sind definitionsbedürftige Begriffe und entsprechende Begriffsbestimmungen so weit wie möglich zu vermeiden. Sollen Begriffe definiert werden, so stehen sie in der Regel in einem Artikel (oder Abschnitt) mit der Überschrift «Begriffe» am Anfang des Erlasses, direkt nach den Bestimmungen zum Gegenstand und zum Geltungsbereich. Dabei finden sich unterschiedliche Standardformulierungen.

Beispiel:

Art. 2 Begriffe

In diesem Gesetz bedeuten:

- a. *Programm*: Folge von Sendungen, die kontinuierlich angeboten, zeitlich angesetzt und fernmeldetechnisch übertragen werden sowie für die Allgemeinheit bestimmt sind;
- b. Sendung: formal und inhaltlich in sich geschlossener Teil eines Programms;
- c. redaktionelle Sendung: Sendung, die nicht Werbung ist;
- d. *Programmveranstalter:* die natürliche oder juristische Person, welche die Verantwortung für das Schaffen von Sendungen oder für deren Zusammenstellung zu einem Programm trägt;

...

→ AS 2007 737

Die Reihenfolge der Begriffsbestimmungen ist nach der inhaltlichen Logik auszurichten. Zuerst sind die übergeordneten Begriffe zu definieren, dann die Begriffe, die auf die übergeordneten Begriffe Bezug nehmen. Sind sehr viele Begriffe zu definieren, die unter sich in keinem logischen Zusammenhang stehen, so ist ihre Reihenfolge nach ihrer Verwendung im Erlass zu gestalten. Die Begriffe werden nicht in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt, weil dies dazu führen würde, dass die Reihenfolgen in den drei Amtssprachen unterschiedlich sind. Sie müssen im Interesse der Zitierbarkeit mit Buchstaben oder Ziffern versehen sein.

Umfassen die Definitionen mehr als eine Druckseite, so sind sie in einem Anhang aufzuführen (Rz. 65).

33 Ist eine Begriffsbestimmung nur an einer bestimmten Stelle im Erlass nötig, so kann sie an dieser Stelle stehen.

Beispiel:

Art. 16 Waren des Reiseverkehrs

- ¹ Der Bundesrat kann Waren des Reiseverkehrs für ganz oder teilweise zollfrei erklären oder Pauschalansätze festlegen, die mehrere Abgaben oder verschiedene Waren umfassen.
- ² Waren des Reiseverkehrs sind Waren, die jemand auf einer Reise über die Zollgrenze mitführt, ohne dass sie für den Handel bestimmt sind.

→ AS 2007 1411

1.3 Begriffsbestimmung mit Klammertechnik (Klammerdefinition)

Man kann Begriffe auch mittels sogenannter Klammerdefinitionen einführen. Diese Technik verwendet man insbesondere, wenn man eine Abkürzung für eine Verwaltungseinheit (z.B. «EJPD» für «Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement») oder einen Erlass (z.B. «BWIS» für «Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit») einführen will oder wenn man für einen langen Begriff eine Kurzform verwenden will («Mineralölsteuer» für «vom Bund auf Treibstoffen erhobene Verbrauchssteuer» [AS_2011 3467, Art. 1 Bst. a]). Vergleiche auch die Randziffern 154 und 155.

Beispiel:

Art. 1 Geltungsbereich

- ¹ Diese Verordnung regelt die Erhebung von Gebühren durch das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) einschliesslich seiner Forschungsanstalten für Dienstleistungen und Verfügungen im Bereich des Landwirtschaftsgesetzes vom 29. April 1998² und seiner Ausführungserlasse sowie für statistische Dienstleistungen nach dem Bundesstatistikgesetz vom 9. Oktober 1992³, die das BLW erbringt.
- 2 Sie regelt zudem die Erhebung von Gebühren durch Vollzugsorgane, denen vom BLW Vollzugsaufgaben übertragen wurden.
- ² SR **910.1**
- ³ SR **431.01**

→ AS 2010 2315

- 35 Die Verwendung solcher Kurzformen kann schon bei einem zwei- oder dreimaligen Auftreten desselben Begriffs sinnvoll sein. Umgekehrt kann es aber auch bei mehrmaligem Auftreten desselben Begriffs angezeigt sein, auf diese Technik zu verzichten, wenn etwa die einzelnen Textstellen weit auseinander liegen.
- Die Kurzform ist bei der ersten Verwendung der betreffenden Bezeichnung einzuführen. Wird der Gegenstand, für den die Kurzbezeichnung steht, in einem eigenen Artikel geregelt und ist die Kurzbezeichnung bereits in einem früheren Artikel eingeführt worden, so kann die Einführung der Kurzbezeichnung wiederholt werden.

Art. 3 Evaluationsbericht

¹ Der Bundesrat überprüft periodisch die Wirksamkeit dieses Gesetzes. Er prüft insbesondere:

..

 die Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Aufgaben der Postkommission (PostCom).

...

4. Abschnitt: Die Postkommission

Art. 20 Organisation

¹ Der Bundesrat wählt die aus fünf bis sieben Mitgliedern bestehende Postkommission (PostCom) und bezeichnet die Präsidentin oder den Präsidenten sowie die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten. ...

→ AS 2012 4993

1.4 Entsprechung von Ausdrücken

- 37 Verweist ein Erlass ausführlich auf Texte ausserhalb des Bundesrechts, insbesondere auf EU-Recht, sodass der Regelungsbereich sowohl mit schweizerischen Rechtsnormen wie mit den Normen der betreffenden Texte geregelt ist, und stimmen die Terminologien nicht überein, so behilft man sich im schweizerischen Erlass mit sogenannten «Entsprechungen von Ausdrücken» (z.B. Gleichsetzungen von EU-Ausdrücken und schweizerischen Ausdrücken).
- 38 Solche Entsprechungen werden bei den Begriffsbestimmungen platziert. Umfassen sie mehr als eine Druckseite, so werden sie in einem Anhang aufgeführt (vgl. z.B. <u>AS_2010_2229</u>, Art. 1a Abs. 2 und Anhang 15).
- 39 Es ist zu beachten, dass nicht jede Amtssprache die gleichen Ausdrucksentsprechungen nötig macht. Damit die Parallelität der amtssprachlichen Fassungen gewährleistet bleibt, müssen in jeder Sprache die Ausdrucksentsprechungen aller drei Amtssprachen angegeben werden.
- 40* Werden die Ausdrucksentsprechungen in einem Artikel platziert, so lautet die Formel wie folgt:

Die nachstehenden Ausdrücke der Verordnung ... / Richtlinie ... und der vorliegenden Verordnung entsprechen sich wie folgt: ...

Beispiel:

² Die nachstehenden Ausdrücke der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009¹¹ und der vorliegenden Verordnung entsprechen sich wie folgt:

a. Deutsche Ausdrücke:

Zulassung

Bewilligung

b. Französische Ausdrücke:

mise sur le marché
produit phytopharmaceutique

produit phytosanitaire

c.	Italienische Ausdrücke:		
	bidoni e fusti	contenitori	
			_
11	Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates, Fassung gemäss ABI. L 309 vom 24.11.2009, S. 1.		

→ *AS 2010 2331, Art. 3

Werden die Ausdrucksentsprechungen in einem Anhang aufgeführt, so lautet die Bestimmung, die auf diesen Anhang verweist, wie folgt:

Es gelten die Entsprechungen von Ausdrücken zwischen der Verordnung \dots / Richtlinie \dots und der vorliegenden Verordnung gemäss Anhang \dots

Der Anhang wird wie folgt gestaltet:

		Anhang (Art)			
Entsprechung von Ausdrücken					
	e nachstehenden Ausdrücke der Vero sprechen sich wie folgt:	ordnung / Richtlinie und der vorliegenden Verordnung			
	Europäische Union	Schweiz			
a.	Deutsche Ausdrücke:				
b.	Französische Ausdrücke:				
c.	Italienische Ausdrücke:				
1					
	•••				

^{*} Randziffer geändert durch den Beschluss der Begleitgruppe GTR vom 27. März 2017.

Index 7

Index

- 0 -

- A -

040

Abkuerzung 4 Allgemeine Bestimmungen 3

- B -

Begriffsbestimmung (Legaldefinition) 3, 4, 5

- D -

Definition 3, 4, 5

- E -

Einleitungsteil 3, 4, 5
Entsprechung von Ausdrücken 5
Erlassgliederung 3, 4, 5

- G -

Gegenentwurf 3
Gegenstandsartikel 3
Gegenvorschlag 3
Geltungsbereichsbestimmung 3

- K -

Klammerdefinition 4

- L -

Legaldefinition 3, 4, 5 Leitfaden 3, 4, 5

- V -

Veraltungsverordnung 3, 4, 5 Verwaltungseinheit 4 Volksinitiative 3

- Z -

Zweckartikel 3